

NAHOST

Warnung aus Beirut

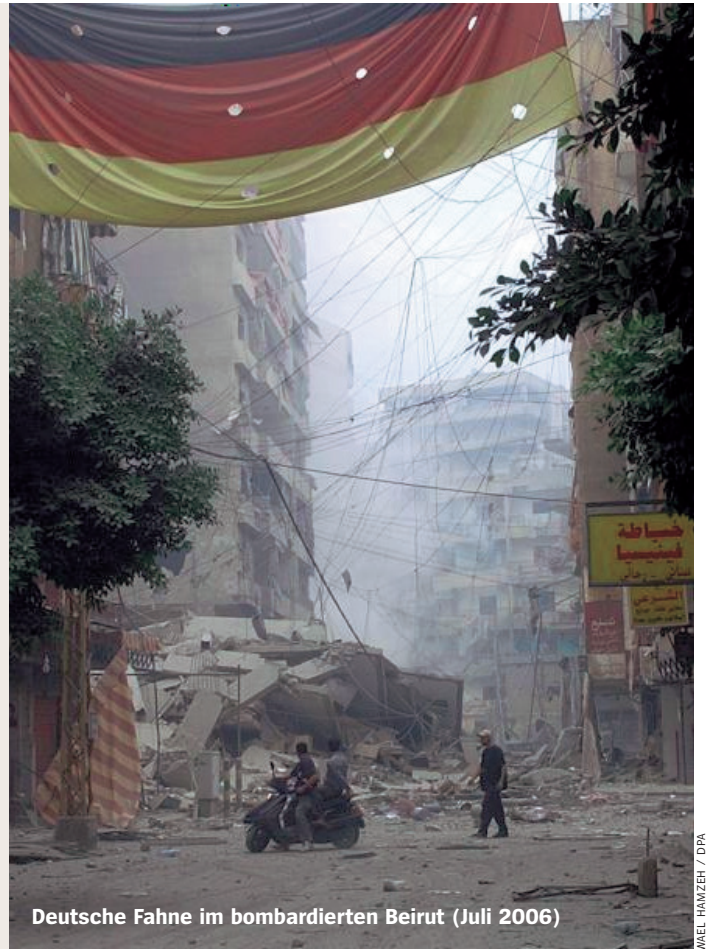
Vor Racheakten im Zusammenhang mit dem Einsatz der Deutschen Marine im Nahost-Konflikt warnen die deutschen Sicherheitsbehörden. Das „deutsche Engagement“ im Rahmen der Uno-Friedensmission habe „bei einigen radikalen libanesischen Strömungen zu einer veränderten und teilweise feindseligen Haltung gegenüber Deutschland und damit auch den im



ALEX GRIMM / REUTERS

Deutsche Uno-Marinesoldaten

Libanon lebenden Deutschen geführt“, heißt es in einem Rundschreiben der deutschen Botschaft in Beirut. Hintergrund ist ein Hinweis der Nachrichtendienste auf mögliche Anschläge gegen Bundesbürger. Es sei „nicht auszuschließen, dass es vereinzelt zu feindseligen oder sogar gewalttätigen Handlungen gegen Deutsche im Libanon“ kommen könne, so das Auswärtige Amt. Auch die deutsche Botschaft gilt als gefährdet. Die Diplomaten raten insbesondere davon ab, „Fahrten und Reisen zu unternehmen, die nicht unbedingt nötig sind“. Bei der Arbeit sollten sich Deutsche an „bekannten und sicheren Örtlichkeiten aufhalten“. Als weiteres Motiv für mögliche Attentäter gilt das konsequente Vorgehen deutscher Ermittler gegen die beiden Libanesen Dschihad Hamad und Youssef al-Hajdib, die im Sommer zwei Kofferbomben in deutschen Zügen deponiert haben sollen.



Deutsche Fahne im bombardierten Beirut (Juli 2006)

WALD HANZEH / DPA



Steinbrück



Jaenicke



Käßmann



Hoeneß

POLITIKER

Guter Rat für Steinbrück

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat sich einen Beraterkreis mit 15 Prominenten aus allen gesellschaftlichen Bereichen zugelegt. Zu der Runde gehören unter anderen Uli Hoeneß, der Manager des FC Bayern München, der Schauspieler Hannes Jaenicke, die evangelische Landesbischöfin von Hannover, Margot Käßmann, SAP-Mitgründer und Aufsichtsratschef Hasso Plattner, der Jurist und Bestsellerautor Bernhard Schlink, Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie, sowie der

Parteienforscher Franz Walter. Zweibis dreimal im Jahr will der Politiker mit der Promi-Runde zusammenkommen, „um von den Betreffenden zu lernen“, so Steinbrücks Berater Hans-Roland Fäßler, und um zu demonstrieren, dass er „kein Rotstift auf zwei Beinen ist“. Bei der ersten Sitzung am 20. Dezember gab es gleich heftige Diskussionen – und unbequeme Ratschläge. So warnte Parteienforscher Walter, dass Programmdebatten an den Menschen vorbeigehen – stattdessen wollten die Wähler pragmatische Entscheidungen mit messbaren Erfolgen. Plattner riet, dafür zu sorgen, dass man „in Deutschland auch reich werden kann“; nur so könnten Menschen motiviert werden.

STRAFTÄTER

Keine Stiftung mit Gäfgen

Die vom Rechtsanwalt des Kindermörders Magnus Gäfgen geplante Stiftung wird nicht genehmigt, „wenn die Person Gäfgen irgendeine Rolle dabei spielen“ sollte. Das hat der zuständige rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) klargestellt. Bislang liege für die Gründung einer „Stiftung zugunsten jugendlicher Verbrechenopfer“ auch kein neuer formeller Antrag vor. Anwalt Michael Heuchemer hatte auf seiner Homepage bereits die Anerkennung der Stiftung angekündigt und erklärt, Gäfgen werde als Vize-Vorstandsvorsitzender oder als Besitzer im Stiftungsvorstand tätig sein. Bruch hat Heuchemer

schriftlich aufgefordert, zu diesen Äußerungen Stellung zu nehmen: „Ein Engagement Gäfgens verstößt eindeutig gegen die guten Sitten, und eine solche Stiftung akzeptieren wir niemals. Notfalls müssen sie uns vor das Verwaltungsgericht ziehen.“



BORIS ROESSLER / DPA

Gäfgen